

Politische Brunnenvergiftung

Durchsichtige Pariser Pressemandate.

Die Außenpolitikerin des Pariser „Deuvre“ beschäftigt sich mit der Unterredung, die der englische Botschafter Bhipps in Berlin am 14. Dezember mit dem Führer hatte, und knüpft daran allerlei Kombinationen. U. a. behauptet sie erneut, da der Reichskanzler den Botschafter gebeten habe, noch einmal vor Neujahr bei ihm vorzusprechen, sei Bhipps am letzten Freitag erneut in der Reichskanzlei gewesen, um die Besprechungen mit dem Führer wieder aufzunehmen. Obgleich über diese zweite Unterredung nur sehr spärliche Gerüchte an die Öffentlichkeit gelangt seien, wisse man, daß er dem englischen Botschafter ein gegenseitiges Luftabkommen vorgeschlagen habe. Das Hauptinteresse liege jedoch in den Bedingungen, die er an den Abschluß eines solchen Abkommens geknüpft habe und die bis zur Stunde noch nicht bekannt seien. In internationalen diplomatischen Kreisen Berlins ziehe man jedoch schon jetzt die Schlussfolgerung, daß Deutschland immer mächtiger und einflussreicher werde, und daß es deshalb wünschenswert sei, eine wahre Verständigung zwischen London und Paris herzustellen. Es gehe auf keinen Fall an, so schließt die Außenpolitikerin des „Deuvre“ ihre Betrachtung, daß England sich infolge der Schwankungen und Veränderungen, denen die französische Politik unterworfen sei, dazu bestimmen lasse, mit Deutschland ein gegenseitiges Abkommen abzuschließen.

Hierzu wird amtlich festgestellt, daß ein zweiter Empfang des englischen Botschafters nicht stattgefunden hat und somit die an diese Unterredung geknüpften Behauptungen des „Deuvre“ in sich zusammenfallen. Auch die Darstellung des Inhalts der Unterredung vom 13. Dezember, die Frau Labouis gibt, stammt aus dem Reich der Phantasie.

Erfolg des ungarländischen Deutschtums

Die neue Schulverordnung erschienen.

Budapest, 28. Dezember.

Die Schulverordnung der ungarischen Regierung, in der nunmehr endgültig die deutsche Schulfrage für das ungarländische Deutschtum geregelt wird, ist im Amtsblatt der Regierung erschienen. Danach werden die bisherigen drei Schultypen, insbesondere der vielumstrittene sogenannte C-Typus, nach dem nur der Religions- und der Sprachunterricht in deutscher Sprache, sämtliche übrigen Fächer aber in ungarischer Sprache stattfanden, abgeschafft. An ihre Stelle tritt eine einheitliche Schularzt für die gesamte ungarländische deutsche Minderheit. In Zukunft werden in den Minderheitenschulen in der deutschen Muttersprache die Heimatkunde, deutsche Sprachkunde, Lesen, Schreiben, Mathematik, Naturgeschichte, Botanik, Physik, Wirtschaftskunde gelehrt werden, in ungarischer Sprache der ungarische Sprachunterricht, Geographie, Geschichte und Staatsbürgerkunde. Der Religionsunterricht bleibt nach wie vor der deutschen Muttersprache vorbehalten.

Nach dieser neuen Regelung wird der Unterricht in mehr als der Hälfte der Schulfächer in deutscher Sprache erfolgen. Die Regierungsverordnung sieht ferner vor, daß über die bisherige Regelung hinausgehend bereits 20 schulpflichtige Kinder für die Errichtung einer deutschsprachigen Minderheitenschule genügen.

Aus der Frühzeit der Bewegung

Bedeutungsvolles Schriftstück wieder aufgefunden.

Im Jahre 1922 hat sich der damalige Hauptkämpfer der Deutschen Sozialistischen Partei, Julius Streicher, mit einem Briefe hinter Adolf Hitler gestellt. Dieser Brief war bis vor kurzem verschollen, wurde jetzt aber wieder entdeckt und im Hitler-Haus zu Nürnberg dem Gauleiter Julius Streicher von Polizeipräsident Dr. Martin als Weihnachtsgabe der Nürnberger Polizei überreicht.

Der Polizeipräsident hielt eine Ansprache an den Gauleiter, in der er darauf hinwies, daß dieser bedeutungsvolle Brief seinerzeit auf noch ungeklärte Weise in die Hände eines Mannes geraten sei, der zu einem der übelsten Vertreter an der Bewegung wurde und heute vom Ausland her in ohnmächtiger Wut die Ehre des deutschen Volkes hegeißelt. Diesem Manne habe vor zwölf Jahren die Nürnberger Polizei den Brief abgenommen. Er sei dann in die Archive der Nürnberger Politischen Polizei gelangt, wo er bis vor wenigen Tagen verschollen blieb.

Dies bewegt sprach dann der Gauleiter, der sich an die Zeit des schwersten Kampfes zurückerinnern fühlte. Er dankte dem Polizeipräsidenten und richtete an seine Mitkämpfer die Mahnung, immer die große Linie zu sehen, das Einzelschicksal zurückzustellen und ehrlich, aufrichtig und kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. In dem Briefe schreibt Julius Streicher u. a., daß er sich der Münchener Zeitung unterstelle und in Nürnberg nach Münchener Mutter eine nationalsozialistische Ortsgruppe aufziehen wolle.

Kein Krieg gegen Italien

Entschliebung des französischen Nationalen Frontkämpferverbandes.

Der Vorsitzende des französischen Nationalen Frontkämpferverbandes (NFC), Jean Goy, ist vom französischen Ministerpräsidenten empfangen worden, dem er eine Protokollentziehung seines Verbandes gegen das Vorgehen gegenüber Italien überreichte. In dieser Entschliebung heißt es u. a., der Nationale Frontkämpferverband sei über die Erklärungen, die am vergangenen Freitag im englischen Unterhaus abgegeben worden seien, unterrichtet; er weigere sich aber, stillschweigend über gewisse Irrtümer hinwegzugehen, die eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Italien auslösen könnten.

Er halte es vielmehr für seine Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß er keinen einzigen französischen Soldaten der Gefahr aussetzen werde, in einem Bruderkrieg gegen Italien zu sterben. Man werde die Frontgeneration niemals davon überzeugen können, daß sie die Waffen gegen diejenigen ergreifen solle, die wie England und Italien Seite an Seite mit ihnen auf französischem Boden gekämpft haben.

Lavals Verteidigung

Außenpolitische Aussprache in der Kammer

Die große außenpolitische Aussprache der französischen Kammer, von der das Schicksal des gegenwärtigen Kabinetts Laval abhängt, hat am Freitagnachmittag begonnen. Sie wird angesichts der großen Anzahl der vorliegenden Interpellationen voraussichtlich erst am Sonnabendnachmittag beendet sein. Der Ministerpräsident nahm sofort das Wort. Laval erinnerte zu Beginn an seine Ausführungen vor zehn Tagen. Er habe schon damals gesagt, daß die Bemühungen um eine friedliche Regelung des ostafrikanischen Streitfalls mit den Grundsätzen und dem Geist des Völkerbundes übereinstimmen. Seit dieser Zeit seien schwerwiegende Ereignisse eingetreten. Sir Samuel Hoare sei zurückgetreten, und die englische Regierung habe die Pariser Vorschläge, die zusammen mit Sir Samuel Hoare ausgearbeitet worden waren, für tot erklärt.

Die abessinische Regierung habe sich über die Opfer, die sie bringen solle, erregt. Die italienische Regierung habe bei der Prüfung der Vorschläge nicht das Verständnis entgegengebracht, das zu erwarten man berechtigt gewesen sei. Gewisse Reden hätten im übrigen die Aufgaben nicht erleichtert.

Alles dies habe die Lage nicht verbessert, sondern schwerwiegende Fragen aufgeworfen. Er bedauere nicht, was er getan habe. Es handle sich darum zu wissen, ob er gegen die Verpflichtungen verstoßen habe, die Frankreich dem Völkerbund gegenüber übernommen habe, und ob er für die Gegenwart oder für die Zukunft die Sicherheit Frankreichs in Frage gestellt habe. In keinem Augenblick, weder in Genf noch anderswo, habe er gegen die Verpflichtungen verstoßen.

In Ausführung des Absatzes 3 des Artikels 6 der Völkerbundsstatuten habe er ohne Zaudern England gegenüber für Frankreich die Verpflichtung übernommen, England zur See, zu Lande und in der Luft zu unterstützen, wenn es von Italien anlässlich der Anwendung der Sanktionsmaßnahmen angegriffen werden sollte.

Er habe das Gefühl, damit eine schwere Verantwortung übernommen zu haben. Sie sei im übrigen die unausbleibliche Folge der Völkerbundsstatuten. Diese Verantwortung habe ihm die Pflicht auferlegt, alles zu versuchen, um die Atmosphäre zwischen England und Italien zu entspannen.

Wie er gestehen müsse, habe er Furcht vor einem Zwischenfall. Frankreich könne durch einen solchen Zwischenfall in einen Krieg verwickelt werden, den zu vermeiden, er alles getan habe. Mit Hoare habe er unter dem Eindruck dieser Sorge die Frage der Erdölperle beraten. In diesem Zusammenhang verwies Laval auf die Erklärungen Hoares im Unterhaus und zwar dann fort, daß er zusammen mit Hoare den besten Weg gesucht habe, um bei Aufrechterhaltung des Friedens und im Rahmen der internationalen Einrichtungen die Belange beider Länder zu verteidigen. Die Vorschläge, die man als übertrieben bezeichnet habe, hätten er und Hoare für vernünftig angesehen. Im übrigen seien sie ja nicht unabänderlich gewesen.

Wer wolle behaupten, daß die bereits angewandten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen unwirksam seien. Wer könne die Bürgschaft dafür übernehmen, daß man durch ihre Erweiterung nicht Gefahr laufe, den Streit zu vergrößern. Einige erklärten, daß vor allem die Achtung des internationalen Gesetzes wichtig sei. Beweis, aber dieses Gesetz sei vorgegeben, um den Krieg zu verhindern und seine Wirkung zu begrenzen und nicht um einen Krieg zu verallgemeinern.

Man frage ihn, ob er nicht befürchte, eines Tages bedauern zu müssen, daß er die Mittel beschränkt habe, die die anderen Länder Frankreich zur Verfügung stellen könnten, um es gegen einen möglichen Angriff zu schützen. Hiermit komme er auf ein sehr heikles Gebiet. Theoretisch solle der Völkerbund seine Kraft darin finden, daß er die ganze Welt umfasse. In Wirklichkeit sei dies nicht voll erreicht worden. Die Durchführung seiner Aufgaben sei dadurch viel schwerer geworden. Der Völkerbund würde sich zum Scheitern verdammen, wenn er es ablehnen würde, selbst zu bestimmen, wie weit er gehen könne. Er, Laval, habe deshalb immer den Standpunkt vertreten, daß neben den allgemeinen Verpflichtungen die Art ihrer Durchführung zu berücksichtigen sei.

In Genf sei die Formel und die Methode der regionalen Beistandspakte aufgestellt worden. Sei es nicht gerade ihr Ziel, im voraus eine auf die besonders betroffenen Gebiete beschränkte gegenseitige Unterstützung zu organisieren? Mangel von Abkommen dieser Art werde die selbständige Anwendung des Artikels 16 immer vom Zufall abhängig sein und von beschränkter Tragweite bleiben.

Das Vorgehen des Völkerbundes in der gegenwärtigen Krise könne auf Schwierigkeiten stoßen. Daraus dürfe man jedoch nicht folgern, daß der Grundgedanke der kollektiven Sicherheit hinfällig sei. Es handle sich heute darum, die Achtung des internationalen Gesetzes durch die Beendigung eines

Streites zu gewährleisten, der den Belangen der Gesamtheit der Nationen abträglich sei und der nur den Feinden des Friedens nützen könne.

Niemand könne leugnen — er weniger als alle anderen — daß die französisch-englische Zusammenarbeit das wichtigste Element der Sicherheit in Europa sei.

Er habe es an dieser Zusammenarbeit nicht fehlen lassen, er habe der Solidarität, die beide Länder verbinde, in einer Weise Abbruch getan. Er denke auch nicht daran, England den Vorwurf zu machen, die gemeinsam in Paris mit dem englischen Staatssekretär angeregten Vorschläge schließlich abgelehnt zu haben. Den Mut zu verlieren, werde ihm durch die Umstände unterzogen. Was auch kommen möge, er werde fortfahren, für den Frieden unaufhörlich zu arbeiten.

Die Rede Lavals wurde zeitweise von erregten Zwischenrufen der Linken unterbrochen, während von der Mitte Beifall zu hören war.

Als erster Redner nach dem Ministerpräsidenten Laval griff der Sozialistenführer Léon Blum das Wort, um eine Anfrage über die Außenpolitik der Regierung zu entwickeln.

Reden gegen Deutschland

In der Aussprache warf Léon Blum dem Ministerpräsidenten Laval vor, daß er nicht im Namen der französischen Regierung gesprochen habe. Lavals Politik sei gefährdet, weil der Auftrag, für keinen Vermittlungsschritt von Frankreich und England nicht erneuert worden sei. Laval habe den Fehler gemacht, daß er bei Mussolini den Eindruck hinterlassen habe, daß Italien von Frankreich nichts zu befürchten habe. Die wahre Gefahr liege nicht Italien sondern das nationalsozialistische Deutschland (!). Das Vorhandensein eines internationalen Beistandsabkommens sei die Voraussetzung dafür, daß Frankreich diese Gefahr bestehen könnte; doch ein Abkommen müsse mit oder ohne Deutschland abgeschlossen werden, nötigenfalls müßte man Deutschland zu einer Beteiligung an diesem Abkommen zwingen (!).

Die Ausführungen Blums wurden von seinen Parteifreunden mit stürmischem Beifall aufgenommen, dem sich auch ein Teil der Radikalsocialisten anschloß. Die Mitte und die Rechte gaben ihrem Mißfallen laut Ausdruck.

Der rechtsgerichtete Abgeordnete Taitinger (Vorsitzender der patriotischen Jugend) verteidigte nachdrücklich die Politik Lavals und die Haltung Italiens. Auf eine Zwischenfrage eines linksstehenden Abgeordneten, ob es zutrefte, daß Taitinger in einer Unterredung mit der Wochenschrift „Choc“ erklärt habe, man solle sich einer Auseinandersetzung mit Deutschland nicht widersetzen, da das 65-Millionenvolk keinen ausreichenden Lebensraum habe, erwiderte Taitinger, daß diese Veröffentlichung der Wochenschrift im allgemeinen seiner Auffassung entspreche.

Der Abgeordnete Delbos, der im Namen der Radikalsocialistischen Partei sprach, vertrat unter stark betontem Beifall von der gesamten Linken und einem beachtlichen Teil der Mitte den Standpunkt, daß die Außenpolitik Lavals nicht genügend auf die Völkerbundsstatuten und die allgemeine Sicherheit abgestellt gewesen sei. Die Politik Lavals habe, soweit sie sich vom Völkerbund entferne, Schiffbruch erlitten und müsse abgelehnt werden.

Der ehemalige Finanzminister Reynaud (Republikanisches Zentrum) stellte unter anderem die Frage, gegen wen Deutschland aufrüste (!), und behauptete, daß er um eine Verständigungsformel mit Deutschland gerungen habe, ohne die ein dauerhafter Friede nicht möglich sei. Das englische Volk habe erkannt, daß es sich bei dem italienisch-abessinischen Krieg um weit mehr als um die Interessen des englischen Weltreiches handele, nicht nur um materielle Dinge sondern um moralische Grundsätze. Der Umschwung der englischen Politik sei außerordentlich bedeutungsvoll. Frankreich dürfe das nicht verkennen und habe zu wählen zwischen Italien, das die Völkerbundsstatuten verletzt habe, und England, dem Beschützer der Völkerbundsstatuten. Wenn Frankreich sich gegen England stelle, so bedeute das Krieg!

Léon Blum hegt gegen Deutschland

Léon Blum erklärte, Lavals Politik sei gefährdet. Von dem, was Laval vor zehn Tagen in der Kammer gesagt habe, sei nichts übrig geblieben außer Laval selbst. Immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen, hat Blum schließlich um eine Sitzungspause von fünf Minuten, um neue Kraft zu sammeln. Nach der Pause setzte Léon Blum seine Angriffe fort und vertiefte sich dabei in der Behauptung, die wahre Gefahr sei nicht Italien, sondern das nationalsozialistische Deutschland (!) Nötigenfalls müßte man Deutschland zu einer Beteiligung an einem Abkommen über den internationalen Beistand zwingen. (!)

Frankreichs Flottenwünsche

Die Schwierigkeiten der Londoner Flottenkonferenz.

Paris, 28. Dezember.

Der französische Kriegsmarineminister Piétri äußerte sich zu einem Vertreter des „Petit Journal“ über die Schwierigkeiten der Londoner Flottenkonferenz. Die amerikanischen und die britische Marine, führte Piétri aus, hätten von jeher versucht, ihre Vorrangstellung zu behaupten, eine Reizung, gegen die sich nicht nur Japan wehre, sondern die auch bei Frankreich auf starke Gegnerschaft stoße.

Frankreich halte es außerdem für gefährlich, sich auf mehrere Jahre im voraus zu binden, weil die gegenwärtige Lage sich ändern könne. Man müsse sich vielmehr darauf beschränken, unter den Flottenmächten ein Regime des gegenseitigen Vertrauens herzustellen und zu beschließen, sich jedes Jahr das Flottenbauprogramm mitzuteilen. Wenn diese Voraussetzungen geschaffen seien, könne man an andere Vereinbarungen gehen, wie beispielsweise an die Beschränkung der einzelnen Einheiten, aber nicht die der Gesamttonnage.

Piétri bedauerte es, daß die Frage der qualitativen Rüstungen, in der wesentlich weniger Meinungsverschiedenheiten beständen, nicht von Beginn an aufgeworfen worden sei. Vielleicht werde es möglich sein, bei der Wiederaufnahme der Konferenz im Januar von französischer Seite einen Plan einzubringen, der zwar auf dem französischen Standpunkt aufgebaut sei, der aber nichtsdestoweniger geeignet sein könnte, von allen beteiligten Mächten angenommen zu werden.

Man könne jedoch schon jetzt mit Bestimmtheit erklären, daß überhaupt keine Rede davon sein könne, die gegenwärtigen französischen Neubauten aufzugeben. Er halte es ferner für nicht ausgeschlossen, daß im weiteren Verlaufe der Konferenz auch Fragen aufgeworfen werden würden, die eher politischer als maritimer Charakter hätten, so beispielsweise die des Suezkanals und die des Mittelmeeres. Vielleicht sei es auch nicht ausgeschlossen, daß man über die Nordsee sprechen werde, besonders mit Rücksicht auf das deutsch-englische Flottenabkommen.